

Wie kommen wir aus dem Bürokratie-Wahn?

IN KÜRZE

Berlin – Der Bericht des Normenkontrollrats ist ernüchternd: Die Lasten durch Bürokratie haben ein Rekordniveau erreicht. Professor Jörg Bogumil vom Lehrstuhl für öffentliche Verwaltung an der Ruhr-Universität Bochum erklärt im Interview, an welchen Stellschrauben jetzt gedreht werden muss.



Jörg Bogumil
Professor für Verwaltung

Herr Professor Bogumil, in welchen Bereichen belastet Bürokratie den einzelnen Bürger am meisten?

Unsere Sozialgesetzgebung ist ein richtiges Bürokratiemonster. Die Anträge für das Bürgergeld, Elterngeld oder Wohngeld sind extrem kompliziert und bürgerunfreundlich – mit Nachweispflichten, bei denen man doppelt und dreifach etwas liefern muss.

Und Unternehmen?

Die ganzen Informations- und Nachweispflichten sind realitätsfremd. Firmen müssen zum Beispiel die Temperatur in ihren Kühlschränken dokumentieren. Oder: Wenn man im Hotel eincheckt, füllt man als Gast einen Zettel aus. Diesen Zettel mussten Hotels



Die durch neue Gesetze verursachten Bürokratie-Lasten haben im vergangenen Jahr ein Rekordniveau erreicht. KEYSTONE

bislang mehrere Jahre aufbewahren.

Warum sind wir so „regelwütig“?

Immer wenn der Staat mehr eingreift, entstehen mehr Regeln und damit mehr Bürokratie. Und wir kreieren immer neue Politikfelder, auch sinnvolle wie Klimaschutzpolitik oder Verbraucherschutzpolitik. Aber das bringt auch neue Regeln mit sich.

Kann man Regeln nicht regulieren?

Wir haben versucht Regeln abzubauen, indem Kommissionen gegründet wurden. Darin wurde aber festgestellt: Es bringt nichts, weil wir trotzdem immer neue Regeln aufbauen.

Was hilft dann?

Regeln müssen einfacher werden. Das heißt, nicht jeder Einzelfall muss bis ins Detail geprüft werden. Zum Beispiel bei Genehmigungen könnte man auch einfach sagen: Wenn innerhalb eines halben Jahres keine Stellung-

nahme eingeht, gilt etwas als genehmigt. Damit werden Regeln entkompliziert.

Wird das auch gemacht?

Eines beachten Politik und Verwaltungen bislang kaum: Die Mitarbeiter in deutschen Verwaltungen schauen nur, dass ihre Ergebnisse rechtssicher sind – aber nicht problemlösend. Es gibt Ermessensspielräume, die momentan nicht ausgenutzt werden. Übervorsichtiges Handeln in Verwaltungen macht Vorgänge extrem kompliziert. Das

führt dann dazu, dass mit einem Aufwand von 1000 Euro geprüft wird, ob jemand zehn Euro mehr bekommt.

Haben EU-Staaten noch mal eine besondere Herausforderung?

Die EU ist für 30 Prozent der Regelungen in Deutschland verantwortlich. Das Problem ist aber, wie wir diese EU-Regeln umsetzen. Deutschland ist da besonders gründlich. Manchmal schaffen wir sogar zusätzliche Nachweispflichten, die nicht notwendig sind.

Diktaturverbrechen: Proteste gegen Milei

In Argentinien haben Menschenrechtlerinnen der „Mütter der Plaza de Mayo“ gegen eine Leugnung der Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur demonstriert. Zu ihrer traditionellen Donnerstagsrunde kamen mehr als tausend Menschen. Die Organisatoren warfen dem künftigen Präsidenten Javier Milei und seiner Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin, Victoria Villarruel, vor, offen den „Völkermord zu leugnen“ und die „zivil-militärisch-kirchliche Diktatur“ zu rechtfertigen. In Sprechchören warnten die Demonstrierenden vor einer „Milei-Diktatur“.

Taiwan: Kandidat macht Rückzieher

Mit einem Parteienzwerfelnis und der Absage eines berühmten Kandidaten ist die Registrierung für die kommende Präsidentenwahl in Taiwan zu Ende gegangen. Foxconn-Gründer Terry Gou, der als unabhängiger Kandidat am 13. Januar ins Rennen gehen wollte, sagte seine Kandidatur ab. In der Opposition kündigten die chinafreundliche Kuomintang (KMT) und die 2019 gegründete Taiwanische Volkspartei (TPP) ein zunächst anvisiertes Bündnis gegen die regierende Demokratische Fortschrittspartei (DPP) kurzfristig wieder auf.

Also steht Deutschland im internationalen Vergleich wirklich so schlecht da?

Bezogen auf die Bürokratie: Ja. Es gibt andere Länder, die ähnlich bürokratisch sind. Frankreich zum Beispiel. Aber Länder in Skandinavien sind deutlich besser aufgestellt – auch weil sie besser digitalisiert sind.

Baut Digitalisierung die Bürokratie ab?

Nur wenn sie gut gemacht ist. Aber bei der Digitalisierung hinken wir hinterher. Deutschland hat zu spät angefangen und zu sehr nur auf Online-Formulare gesetzt. Oft sind diese Formulare nicht an die eigentlichen Fachverfahren angebunden oder es gibt unterschiedliche Software-systeme zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Hat die Ampel bisher alles getan, um Bürokratie abzubauen?

Sie hat bereits einige gute Maßnahmen eingeführt, damit zum Beispiel Genehmigungen nicht mehr so kompliziert laufen. Auch bei der Digitalisierung wird viel nachgeholt. Aber alle Regelungen müssen grundsätzlich darauf achten, dass ihre Gesetze anwenderfreundlich werden. Häufig wird zu wenig darüber nachgedacht, wer die Gesetze umsetzt: Das sind nämlich in der Regel die Kommunen und die werden zu wenig miteinbezogen.

Interview: Leonie Hudelmaier

Stoppt Vatikan Reformpläne?

Machtkampf mit und in Rom über Homosexualität und Frauenweihe

Würzburg/Berlin – Der Vatikan stellt ein Warnschild auf und will Reformbestrebungen der Katholiken in Deutschland stoppen. Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin hat den deutschen Bischöfen in einer offiziellen Note mitgeteilt, dass die den Männern vorbehaltene Priesterweihe und die Lehre der Kirche zur Homosexualität nicht verhandelbar seien, berichtet die katholische Wochenzeitung „Die Tagespost“. Der Pressesprecher der Bischofskonferenz, Matthias Kopp, bestätigte, dass den Bischöfen das Schreiben bei ihrem Ständigen Rat vorgelegen habe.

In dem an die Generalsekretärin der Bischofskonferenz,

Beate Gilles, adressierten Schreiben zieht Parolin rote Linien für Dialoggründen mit den deutschen Bischöfen. Unter anderem unterstreicht er, dass der Vatikan nicht daran denke, über die Lehre der Kirche zur Homosexualität oder über den Ausschluss von Frauen von der Priesterweihe zu verhandeln.

Die Leiter der Dikasterien für die Glaubenslehre, zur Förderung der Einheit der Christen, für die Bischöfe, für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung sowie für die Gesetzestexte wollen im Januar, April und Juni 2024 Vertreter der deutschen Bischöfe treffen und diskutieren, was in Lehre und Disziplin der Kirche unveränderlich sei und was verändert werden könne.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) reagierte gelassen auf die Note aus Rom. ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp sagte bei der Vollversammlung in Berlin, im Vatikan gebe es derzeit eine große Dynamik – innerhalb der Kurie und auch zwischen Kurie und Papst. Sie erinnerte daran, dass Parolin auch im Vorfeld der Weltsynode ein Stimmrecht für Frauen für undenkbar erklärt habe, weil es dem Kirchenrecht widerspreche. „Und was hat unser Papst gemacht? Plötzlich war es legal und möglich in die Tat umgesetzt.“

Lang warnt ihre Parteifreunde in ihrer Bewerbungsrede davor, sich mit einem Platz in der Nische zu begnügen. Sie mahnt: „Wir müssen den Menschen zugewandt bleiben, so wie die Menschen sind.“ Nouripour betont insbesondere die gute Zusammenarbeit mit Lang. Auf eine Frage nach der Stimmung in der Ampel-Koalition räumt er ein: „Wir haben zu viel Streit.“

Grüne halten an ihrer Führung fest

Lang und Nouripour bestätigt – Kaum kontroverse Debatten

Karlsruhe – Auf einem von emotionalen Auftritten und Selbstvergewisserung geprägten Parteitag haben die Grünen ihre Parteivorsitzenden, Ricarda Lang und Omid Nouripour, im Amt bestätigt. Die rund 800 Delegierten ermöglichten dem Führungsduo damit am Freitag in Karlsruhe eine weitere zweijährige Amtszeit – wenn auch nur mit mäßigen Resultaten.

Lang (29) holt auf dem für Frauen reservierten Platz ohne Gegenkandidatin nur 82,3 Prozent der Stimmen, immerhin ein besseres Ergebnis als bei ihrer ersten Wahl im Januar 2022 mit 76 Prozent. Nouripour (48) setzt sich gegen den Außenseiter-Kandidaten Philipp Schmagold aus Schleswig-Holstein durch. Er erhält 79,1 Prozent der Stimmen. Die mit Stimmgeräten durchgeführte Wahl der Parteispitze sollte noch beim Parteitag in Karlsruhe mit Stift und Zettel bestätigt werden, Ergebnisse am Samstag vorliegen. Nouripour schneidet etwas schlechter ab als



Grüne Harmonie inszeniert: Ricarda Lang drückt Co-Parteichef Omid Nouripour.

beim letzten Mal: Er hatte 2022 zunächst 82,6 Prozent bekommen. Damals hatte er zwei Gegenkandidaten. Die politische Bundesgeschäftsführerin Emily Büning wird mit 83,3 Prozent der Stimmen wiedergewählt, deutlich schlechter als bei ihrer vorigen Wahl (88,4 Prozent). Ihre Position entspricht der eines Generalsekretärs bei anderen Parteien – sie ist aber eher eine Frau der leisen Töne.

Bemerkenswerter als der Inhalt der ersten Debatten über Haushalt und Israel-Politik

ist vielleicht, was in Karlsruhe nur am Rande gestreift wird: Der Knatsch in der Ampel, das laut Demoskopien geschrumpfte Wählerpotenzial für die Grünen, völkerrechtliche Fragen zum Gaza-Krieg und die Gründe für den Höhenflug der AfD. Erstaunlich für eine Partei, die sich gern für ihre Diskussionswut und lebendige Streitkultur feiert. Stattdessen gibt es viel Gefühl und Balsam für die Parteiseele in Zeiten mäßiger Umfragewerte von rund 15 Prozent, weit unter den öffentlich formulierten eigenen Ambitionen.

Lang warnt ihre Parteifreunde in ihrer Bewerbungsrede davor, sich mit einem Platz in der Nische zu begnügen. Sie mahnt: „Wir müssen den Menschen zugewandt bleiben, so wie die Menschen sind.“ Nouripour betont insbesondere die gute Zusammenarbeit mit Lang. Auf eine Frage nach der Stimmung in der Ampel-Koalition räumt er ein: „Wir haben zu viel Streit.“

MARTINA HERZOG

ANZEIGE

ARE YOU EUROPEAN?

Demokratie, Vielfalt & Klimaschutz.

DU BIST EUROPEAN.